Mutmaßlich rechtsradikal motivierte Tötungsdelikte

Wie groß ist die Dunkelziffer bei rechten Tötungsdelikten in Deutschland? Ein Forschungsteam der HWR Berlin untersucht Hintergründe und Motive für das Bundesland Thüringen.

Berlin, 9. Juni 2022 – „Seit Anfang der 1990er Jahre kommt es immer wieder zu Fällen politisch rechtsmotivierter Gewalt bis hin zu Tötungen. Dabei bestand nicht immer Einigkeit in der Bewertung, was als ‚rechtes‘ Tatmotiv zu gelten hat“, sagt Dr. Christoph Kopke, Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin).

Wie hoch die mögliche Dunkelziffer rechter Tötungsdelikte im Bundesland Thüringen ist und welche Verbrechen dieser Art als solche eingestuft werden können, das untersucht jetzt ein Team von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des Forschungsinstituts für öffentliche und private Sicherheit (FÖPS) der HWR Berlin.

In dem einjährigen Projekt sollen neun Fälle des Bundeslands aus den Jahren zwischen 1990 und heute untersucht werden. Zu klären ist, ob in diesen Fällen Anhaltspunkte für eine rechte und / oder rassistische Tatmotivation vorliegen und sie damit aus heutiger Sicht neu bewertet werden müssen. Die Landesregierung in Thüringen folgt damit als drittes Bundesland den Beispielen von Brandenburg (2015) und Berlin (2017), die bereits Verdachtsfälle von externen Einrichtungen untersuchen ließen. Das Forschungsteam legt nach Abschluss seiner Untersuchungen ein Gutachten vor.

„Die polizeiliche Erfassung politischer Kriminalität hat sich seit den 1990er Jahren stark verändert. Der Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft zum Verständnis rechter und rassistischer Gewalt ist gerade angesichts unterschiedlicher Perspektiven wichtig und muss geführt werden“, so Kopke.

Projektbegleitend wurde ein Beirat eingerichtet, dem Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Landesministerien und verschiedener zivilgesellschaftlicher

Initiativen angehören. Das Forschungsvorhaben soll auch dazu dienen, die Diskrepanz zwischen polizeilicher und zivilgesellschaftlicher Bewertung der Verdachtsfälle zu ergründen.

Prof. Dr. Christoph Kopke, Dekan des Fachbereichs für Polizei und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin, leitet das Projekt. Der ausgewiesene Experte für rechte und Jugendkriminalität hat bereits die externe Untersuchung in Brandenburg verantwortet. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam durchgeführt und durch Prof. Dr. Gideon Botsch begleitet.

Kontakt

Prof. Dr. Christoph Kopke

Tel.: +49 30 30877-2828

E-Mail: [christoph.kopke\(at\)hwr-berlin.de](mailto:christoph.kopke(at)hwr-berlin.de)

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)

Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist mit über 12 000 Studierenden eine der großen Hochschulen für angewandte Wissenschaften – mit ausgeprägtem Praxisbezug, intensiver und vielfältiger Forschung, hohen Qualitätsstandards sowie einer starken internationalen Ausrichtung. Das Studiengangportfolio umfasst Wirtschafts-, Verwaltungs-, Rechts- und Sicherheitsmanagement sowie Ingenieurwissenschaften in über 60 Studiengängen auf Bachelor-, Master- und MBA-Ebene. Die HWR Berlin unterhält 195 aktive Partnerschaften mit Universitäten auf allen Kontinenten und ist Mitglied im Hochschulverbund „UAS7 – Alliance for Excellence“. Als eine von Deutschlands führenden Hochschulen bei der internationalen Ausrichtung von BWL-Bachelorstudiengängen und im Dualen Studium belegt die HWR Berlin Spitzenplätze in deutschlandweiten Rankings und nimmt auch im Masterbereich vordere Plätze ein. Die HWR Berlin ist einer der bedeutendsten und erfolgreichen Hochschulanbieter im akademischen Weiterbildungsbereich und Gründungshochschule. Die HWR Berlin unterstützt die Initiative der Hochschulrektorenkonferenz „Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit“.

www.hwr-berlin.de